

Griechenland – einst das Land der Philosophen und Denker, heute ein Land, von Banken und Wirtschaft zerfressen

Derzeit bilden sich vor den Banken des Landes lange Schlangen von Bürgerinnen und Bürgern die ihre Ersparnisse lieber wieder unter das Kopfkissen legen oder in den Sparstrumpf stecken als es weiterhin den Banken anzuvertrauen. Allein am Montag, den 14.05.2012 hoben die Bürgerinnen und Bürger 700 Millionen Euro ab, mehr als der Staat von der EZB als Hilfszahlung (über 600 Millionen Euro) ausbezahlt bekommt. Seit Beginn der Krise sind es 73 Milliarden Euro, die von den Bürgerinnen und Bürgern in Sicherheit gebracht wurden. Welche Folgen diese Reaktion der Bürgerinnen und Bürger hat, geht aus der Wirtschaftsgeschichte hervor und sollte Beunruhigung in der Politik auslösen: Denn den Banken wird der letzte Rest an Kapital entzogen und sie werden somit zusätzlich zu der parallel stattfindenden Krise geschwächt und drohen daran zugrunde zu gehen. Nun waren es die Banken selbst die sich durch ihre Geschäfte in diese Krisen-Situation gebracht haben, sodass Mitleid nur sehr sparsam angebracht ist. Man könnte auch sagen: „Beim Thema Mitleid können wir den Gürtel ruhig ein wenig enger schnallen“

Es hat jedoch, wenn sich die Politik weiterhin so korrupt gibt wie bisher Folgen für die griechischen SteuerzahlerInnen. Denn diese müssen für die, von Korruption, Niedertracht und Volksbetrug getränkte Rettung der Banken zahlen. Gegenüber der Bevölkerung wäre es also gerechter, die geschwächten Bankhäuser bankrott gehen zu lassen und somit eine Ende mit Schrecken anstatt eine Schrecken ohne Ende herbeizuführen. Die Kleinanleger könnten bis zu einem gewissen Betrag entschädigt werden, was den griechischen Staat immer noch weniger kosten dürfte als die Bankenrettung. Die Großanleger werden im

gleichen Maß entschädigt und besitzen darüber hinaus ja auch noch ausreichend anderweitig angelegtes Kapital oder haben Pech gehabt, ähnlich wie die Spekulanten beim Platzen der Tulpenzwiebeln-Spekulationes-Blase von 1637, deren Entstehung durch die Gier Einzelner begünstigt wurde und die mit der gegenwärtigen Krise und deren Entstehungsgrundlage zu vergleichen ist.

Wer nun sagt, das Kapital würde bei dieser Handhabe der Krise fluchtartig das Land verlassen, lässt außer Acht, dass das Kapital, welches sich im Besitz von einem ganz geringen Personenkreis befindet, so oder so nicht der Allgemeinheit zu Gute kommt.

Wenn man also alle Kapitalflüchtlinge, die aus Sorge um ihren Besitz das Land verlassen wollen, unter der Bedingung ziehen lassen würde, das sie ihren, in Griechenland erwirtschafteten Gewinn dem Land übereignen müssen, da sie diesen nur durch die Arbeitsleistung des Volkes erwirtschaften konnten. Das erlangte Wissen über Fertigungsprozesse, sowie die patentierten Erfindungen die fluchtwillige Unternehmer ebenfalls nur durch die Leistung ihrer Angestellten und Arbeiter und somit durch einen Teil der Bevölkerung erlangt haben, gehen auch in den Besitz der griechischen Bevölkerung über. Die Firmen und Produktionsstätte werden der Belegschaft, den Angestellten und Arbeitern überschrieben. Die Fluchtwilligen dürfen somit nur mit dem zu Beginn eingebrachten Eigenkapital das Land verlassen. Dies wäre fair der Bevölkerung gegenüber und niemand würde sich vermutlich über die Landflucht des Oberen empören. Die durch diese Maßnahme eingenommen Beträge müssten dann den Sozial- und Rentenkassen zur Verfügung gestellt werden und es somit wäre sichergestellt, dass bei einer Abwanderung des Kapitals, beziehungsweise das was von dem Kapital dann noch übrig ist, die Lebenshaltungskosten der Leidtragenden gesichert wäre. Da aber auch die Unternehmen an sich beschlagnahmt und die Wirtschaft, nur unter neuer Führung weiter betrieben werden

würde, bliebe alles beim alten, sodass die Sozial- und Rentenkassen einen gar nicht so großen Ansturm zu befürchten hätten.

Die Zukunft von Griechenland liegt eindeutig in dem Tourismus und in der Solarstrom-Gewinnung. Der Tourismus ist gegenwärtig das Hauptstandbein des Landes. Konzentriert sich das Land zudem auf die weiteren Stärken die es gegenüber den anderen europäischen Staaten besitzt und die bereits aufgestellten Studien die sich positiv zu den Plänen der Solarstrom-Gewinnung und dem daraus resultierendem wirtschaftlichen Wachstum für das Land äußern, bestätigen, wäre dies ein nachhaltiger Schritt mit Auswirkungen für die Zukunft aller Europäer. Denn Griechenland würde somit als Vorreiter beweisen, dass auch vom Euro gelöst eine wirtschaftliche wie soziale Politik zu betreiben ist. Sollte es den Verantwortlichen in der Wirtschaft und der Politik darüber hinaus gelingen das Bewusstsein bezüglich ihrer Verantwortung gegenüber dem Land und der Bevölkerung, die sie unter anderem auch unter Eid bekundet haben zu leisten und für geleistetes zu übernehmen, zu schärfen und dieser endliche wieder nachzukommen, kann das Land in ein paar Jahren gestärkt aus dem Feldversuch „Europäische Union“ hervorgehen. Am Ende könnte Griechenland sogar mit einer landeseigenen Währung besser da stehen als die einzelnen Staaten der EU. Vorausgesetzt Griechenland wird gerecht behandelt und trotz der fehlenden Mitgliedschaft nicht wirtschaftlich blockiert und sanktioniert.

Olly´s Kommentar

Es gibt Menschen auf dieser Welt die das was sie anfassen in Gold verwandeln und es gibt Menschen die die Dinge die sie anfassen in einen riesigen Haufen Scheiße verwandeln.

Die Politiker der Europäischen Union gehören zu der Gruppe von

Menschen die ich zuletzt aufgeführt habe. Nicht nur das sie das was sie anfassen in Scheiße verwandeln, sie selbst sind nur optisch von dem mir hier aufgeführte Materie-Beispiel zu unterscheiden. Bei der Flexibilität sich anzupassen, auch wenn es eng werden könnte, gleichen sie den unappetitlichen Hinterlassenschaft bis ins Detail. Auch im Auftreten und Verhalten sind die Übereinstimmungen erstaunlich.

Meiner Hoffnung: Die Griechen mögen den ersten korrupten Investor der ihr Land betritt mit Benzin überschütten und anzünden ist nicht eingetreten. Zumindest einige Straßenzüge gingen in Flammen auf. Dies trifft aber wieder zum Teil die Falschen. So langsam richtet sich der Fokus der griechischen Bevölkerung jedoch auf die richtigen Personenkreise, die Urheber der Krise. Nach und nach bekommen diese Kreise dies auch zu spüren. Wir sollten Griechenland also gut im Auge behalten. Es könnte sein das sich dort gerade etwas zusammenbraut, was den Ursprung für einen „Europäischen Herbst“ bilden könnte.

Es nimmt keine Ende

Die Medien berichten nach wie vor über die unhaltbaren Zustände in Griechenland und die Deutschen Kleingeister haben nichts besseres zu tun, als sich über „Die Griechen“ und deren Lage missgünstig auszulassen.

„Den Griechen“ wird in sämtlichen Bereichen das Missmanagement der Regierung vorgeworfen. Da heißt es: „Die Griechen sind selber Schuld an ihrer Situation. Nun sollen sie auch selber zusehen wie sie da wieder herauskommen.“ Außerhalb Griechenlands stehen die Leute den Problemen der Griechen gleichgültig, gar mit Verachtung gegenüber und übersehen

dabei, dass sie in das Antlitz ihrer eigenen Unfähigkeit schauen. Fast jeder vergisst, wer die „Krise“ herbeigeführt hat und wer nun dafür finanziell in Haftung genommen wird. Denn, dass die Senioren in Griechenland seit Monaten keine Rente mehr erhalten, dass das Gesundheitssystem kollabiert oder die Abgaben an den Staat genauso schnell ansteigen wie der Lohn aufgrund von Streichungen zerfällt, ist nicht nur ein Problem von „den Griechen“ alleine, es ist ein Probleme aller Länder, weltweit.

Aktuelle Beispiele finden sich seit Jahren auch innerhalb der eigenen Grenzen: Kurzarbeit und Lohnverzicht. Firmenpleiten aufgrund Geldgieriger und nach mehr Macht strebenden Inhabern. Reallöhne von drei Euro Stundenlohn. Leiharbeiter, die wie Sklaven hin- und hergeschickt werden ohne Würdigung ihrer Arbeitsleistung. Sechs Millionen ArbeiterInnen und Angestellte die zu menschenverachtenden Stundenlöhnen arbeiten müssen. Vor Jahrzehnten waren diese Umstände, die damals schon in Billiglohnländern Gang und Gebe waren, hierzulande unvorstellbar.

Ist es somit auch unvorstellbar, dass hierzulande keine Renten und Sozialleistungen mehr ausbezahlt werden? Ist es somit auch unvorstellbar, dass Ärzte und Krankenhäuser Aufgrund mangelnder Finanzkraft Patienten die notwendige Behandlung verweigern? Ist es darüber hinaus auch unvorstellbar, dass mittellose BürgerInnen im Nirvana der gesellschaftlichen Egalität verschwinden? Nein!

Unvorstellbar ist hingegen, dass wenn weiterhin jeder nur in seinem Ich-Denken verweilt und die Hände in den Schoß legt, wir die Probleme, die es zu beseitigen gilt, lösen werden.

Ein Mal mehr frage ich, mehr rhetorisch als ernst gemeint: Wer hat den die „Krise“ ausgelöst?

Waren es die Hausfrauen, Handwerker und Angestellten, die die Krise durch ihre „ausschweifende und verschwenderische“

Lebensweise herbeigeführt haben? Nein. Es waren und sind es die Politiker, die sich als Hure der Wirtschaft in jeder nur erdenkliche Stellung verbiegen, um sich möglichst gewinnbringend durchficken zu lassen. Mit dem Ergebnis, dass die Mächtigen, zufriedengestellt in ihrer Gier, den volksverräterischen Volksvertretern die Bankkonten füllen, sie mit Posten in der Wirtschaft belohnen oder sonstige Vergütungen zukommen lassen.

Auch hierfür gibt es ausreichende Beweise im eigenen Land. Das wohl bekannteste und noch nicht verurteilte Beispiel ist Ex-Bundespräsident „Lügen“-Wulff. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Stefan Mappus.

Wieso dauert die „Krise“ so lange?

Auch dies ist ein Umstand, den ich bereits mehrfach in der Zeitung angesprochen habe. Die Personen, die für die „Krise“ verantwortlich sind, sind auch dafür verantwortlich, dass die „Krise“ am Laufen gehalten wird. Noch steckt zu viel Kapital und somit Gewinn in den Ländern. Noch gibt es überall auf der Welt Menschen, die „zu viel“ verdienen. Bei Beobachtung der produzierenden Konzerne und deren Produktionsstätten(ab)wanderungen fällt auf, dass einige von ihnen, nachdem sie in die Billiglohnländer ausgewandert waren, wieder in heimische Gefilde zurück kehren. Nicht immer jedoch nur aus dem Grund, weil die Arbeit hierzulande genauer und gewissenhafter absolviert wird, sondern immer häufiger auch, weil die Lohnkosten sinken und das Recht der ArbeiterInnen und Angestellten mit Füßen getreten wird. Dass die Gerichte und Gewerkschaften diesem Problem machtlos gegenüberstehen, haben sie durch ihre hilflosen Urteile beziehungsweise Aktionen der letzten Jahre eindrucksvoll bewiesen. Somit haben die Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik gar kein Interesse ein Ende der „Krise“ herbeizuführen.

Wie sonst ist es zu verstehen, dass „die Griechen“ von, den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln zwei Atom-U-Boote in Auftrag gegeben haben? Waren es „die Griechen“, Hausfrauen, ArbeiterInnen und Rentner die ihre Gelder verpulvert haben oder waren es „die Griechen“ wie der Giorgos Papandreou und seinesgleichen?

Hierzulande agiert der Verteidigungsminister nicht anders. Auf der Internationalen Flugausstellung in Schönefeld bekundete er sein Interesse an Drohnen militärischer Bauart. Von was will er das bezahlen? Von den Einsparungen bei der Bildung? Von Einsparungen im Sozialen Bereich?

Das Volk zahlt den Schwachsinn!

Dass es auch anders geht zeigt folgendes Beispiel. Der Textilhersteller Trigema GmbH, hat stets in Deutschland produziert. Das Unternehmen verlangt für ein T-Shirt zwanzig Euro und etwa fünfzig Euro für ein Sweat-Shirt, was ein völlig angemessener Preis ist. Wenn alle ArbeitgeberInnen so verantwortungsbewusst mit ihren Angestellten umgehen und ihre Unternehmen nicht als Melkmaschine der Gesellschaft ansehen würden, könnte sich jeder, frei von Neid, diese Produkte leisten. Da dem leider nicht so ist, werden sich nur Finanzkräftige und Fair Trade-Fetischisten diese zurecht (weil zu fairen Bedingungen produziert) kostspielige Ware leisten können. Der große Rest ist gezwungen auf Bekleidungskonzerne wie H&M und KiK zurückzugreifen und damit fragwürdige Geschäftsmethoden zu unterstützen.

Das Ende vom Lied

Den Politikern und der Wirtschaft ist es scheißegal was mit uns passiert. Wenn die Menschen um Griechenland herum das endlich begriffen haben sollten, ist es zu spät. Erst wenn die ersten Bürger hierzulande vor geschlossenen Bankschaltern stehen, das Amt keine Leistungen mehr auszahlt, der Arzt

lebensnotwendige Leistungen verweigert beziehungsweise aufgrund mangelnder Ausstattung nicht mehr in der Lage ist diese durchzuführen oder wenn der Fiskus vor der Haustür steht um das Auto zu pfänden, werden sie erwachen.

Bis es soweit ist vertreiben sich die Menschen um Griechenland herum die Zeit mit dem Fingerzeig auf ein Land, dass wie wir von korrupten und machtbesessenen Arschlöchern regiert und wirtschaftlich ruiniert wird.

Fazit: Es sind nicht „Die Griechen“, WIR, das Volk, sind es, die diese Umstände zulassen!

Wir, und nur WIR sind es, die diese Umstände beseitigen können.

Packen WIR´S an!

Selbstmordserie in Italien

Aufgrund der anhaltenden (Wirtschafts-)Krise kommt es in Italien vermehrt zu Selbstmorden unter Selbständigen, Künstlern und Arbeitslosen. Die Selbständigen können ihre Angestellten und anfallende Rechnungen nicht mehr bezahlen und den Künstlern und Arbeitslosen fehlt das Nötigste zum Überleben. Der bislang schrecklichste Fall ist der eines Maurers aus Bologna, ihn verfolgten die Behörden wegen Steuerschulden. Aus Verzweiflung zündete er sich selbst an und erlag neun Tage später seinen Verbrennungen.

Makabere Stimmen könnten demnächst von einer Marktberreinigung der humanitären Lebensformen sprechen – die Wirtschaft und Sozialkassen wird es freuen. Der politische Duktus für die Rechtfertigung weitere Sparmaßnahmen die höchst wahrscheinlich

noch weitere Menschen in den Selbstmord treiben wird lautet vermutlich: Es handelt sich um wirtschaftlich bedingte, alternativlose Begleitschäden durch eine Selbstbereinigung der Märkte.

Die Jugend von heute...

wird in Valencia von Polizisten mit Schlagstöcken verprügelt. Schüler und Studenten die gegen die Kürzungspolitik der Regierung, das brutale Vorgehen der Polizei bei den vorangegangener Proteste und für beheizte Klassenzimmer demonstrierten wurden wahllos von den Einsatzkräften traktiert und sechszwanzig von ihnen in Gewahrsam genommen. Das Motto der Demonstration lautete: Weniger Polizei mehr Bildung. „Wir sind dafür auf die Straße gegangen, dass die Klassenzimmer geheizt werden und die Antwort sind Schläge“, so ein Demonstrant vor Ort. Der Polizeipräsident antwortete auf die Frage nach dem Vorgehen der Beamten: „Ich kann hier aus Polizeitaktischen Gründen nichts zu der Situation sagen. Ich kann den Feinden doch nichts über unsere Stärken und Schwächen verraten. Feinde – so so, gut zu wissen die Zivilbevölkerung wird als Feind angesehen. Auch wenn das Ganze noch ein Nachspiel für die Verantwortlichen haben wird, wir wissen das auch in valencianischen Polizeistuben der Kleingeist anstatt der Feingeist zu hause ist. Die Jugendlichen lernen durch diese Aktion der Polizei, dass der Staat sich weder hinter sie stellt um ihnen den Rücken zu stärken, noch in Gefahrensituationen schützend vor sie stellt, sondern ihnen direkt auf die Fresse haut wenn sie Forderungen stellen. Mir soll noch mal einer mit dem Spruch kommen: „Die Jugend von heute...“ – Recht hat sie die Jugend von heute!

Spieglein, Spieglein...

an der Wand wer spricht die Wahrheit hier im Land? Wie mir eine zuverlässige Quelle aus Bankkreisen bestätigte, lässt die Struktur im Ablauf der europäischen Wirtschaftskrise nur einen Schluss zu, das Ganze ist eine abgekartete Sache, die der Steuerzahler zu tragen hat und äußerte sich diesbezüglich weiter, wenn man einen Finanzfachmann mit der Planung einer Finanzkrise beauftragt hätte, würde das Ergebnis seiner Arbeit vermutlich exakt genau den Ablauf aufweisen, den wir gerade real mitbekommen.

Geht die Macht vom Volke aus? – Wer´s glaubt

Ich habe lange gesucht und war mit der Wahl des Hauptthemas dieser Ausgabe nicht wirklich zufrieden, bis... ja bis mir dieser Staat und seine Erfüllungsgehilfen mit dem Demonstrationsdesaster in Stuttgart am 30. September eine Steilvorlage lieferten, die ich nutzen möchte um unter anderem zu den Ereignissen im Fall „Stuttgart21“ meinen Unmut zu äußern. Mißstände wie nachweislicher Wählerbetrug, Amtsmissbrauch in allen Formen und die immer weiter um sich greifende Unfähigkeit im Amt kann ich nicht unkommentiert lassen. Es ist dringlichst an der Zeit unseren Volksverrättern... 'schuldigung... Volksvertretern zu mehr Volksnähe zu verhelfen. Spätestens seit dem Vorfall bei der Demonstration gegen das Projekt „Stuttgart 21“, müsste jeder

in diesem Land begriffen haben, dass es den Politikern ausschließlich um die rücksichtslose Umsetzung ihrer Interessen geht. Wir sehen es bei den Entscheidungen um die Laufzeiten von Atomkraftwerken, der neuen Gesundheitsreform, der exorbitanten Erhöhung von fünf Euro bei Hartz-IV-Beziehern. Wir sehen auch die Gleichgültigkeit unserer Politiker gegenüber den erneuten Boni-Zahlungen in Höhe von 25 Millionen Euro an Mitarbeiter und Pensionäre der von Steuergeldern am Leben erhaltenen „Deutsche Pfandbriefbank“ ehemals Hypo Real Estate, Mediaspree, der Flughafen Tempelhof und das derzeitige Hick Hack um die Flugrouten beim neuen Großflughafen in Schönefeld.

Alles das sind Dinge, in denen sich die Politiker im Namen der Lobbyisten, mit dem Wind drehen. Im Namen der Lobbyisten!

Nicht im Namen des Volkes. Ich bin auch auf die Ermittlungsergebnisse im Fall der angeblichen gefälschten Behandlungskostenabrechnung verschiedenen bundesweit existierenden DRK-Kliniken gespannt. Und ob, im Falle einer Bestätigung dieses Verdachts, Entschädigungszahlungen an die dadurch betrogene Beitragszahler erfolgen.

Ich frage mich: Wie lange will sich das Volk noch belügen, betrügen und wie eine Weihnachtsgans ausnehmen lassen?

Die Franzosen gehen mit gutem Beispiel voran. Erhöht der Staat die Treibstoffpreise minimal, geht die französische Bevölkerung auf die Straße und stehen kurz davor den Elysee Palast anzuzünden.

Ich will nicht die Gewalt verherrlichen die dabei ausgeübt wird, sondern die Demonstrationsbereitschaft im Nachbarstaat, von der wir noch eine Menge lernen können, hervorheben.

Spätestens nach dem völlig überzogenen Einsatz der Polizeikräfte in Stuttgart müssten sich bei jedem die Augen über die Art und Weise bei der Vorgehensweise zur Durchsetzung der Staatsgewalt geöffnet haben.

Nur zur Erinnerung: Bei dieser angemeldeten Demonstration waren Hausfrauen mit Kleinkindern, Jugendliche, Arbeiter, Rentner und vielleicht auch der ein oder andere etwas radikaler gestimmte Zeitgenosse zugegen. Diese Mitbürger demonstrierten, nach Zeugenaussagen, lautstark, aber friedlich. Dann wurden Polizeibeamte in voller Kampfmontur und bewaffnet mit Pfefferspray und Reizgas, sowie Wasserwerfer in Stellung gebracht. Kurz darauf erfolgte die Räumung des Areals. Die ersten Meldungen verlautbarten, daß die Durchführung der Polizeiaktion darauf zurückzuführen ist, dass die Demonstranten nach der dritten Aufforderung, den Platz zu räumen, nicht nachgekommen sind. Spätere Berichte meldeten Flaschen- und Steineschmeisser als Auslöser.

Flaschen- und Steineschmeisser wurden aber weder von Demonstranten, dem Veranstalter oder der Presse gesichtet. Das Werfen von zwei Sylvesterböllern und einigen Kastanien, waren die einzigen Gewaltakte der Demonstranten. Sei wie es sei, die Reaktion der Einsatzkräfte war maßlos übertrieben und völlig unangemessen.

Bleibt abzuwarten welche, extra für die Vorfälle bei der Demonstration am 30. September gegründete Sonderkommission, mit der Aufklärung betraut wird. Und ob überhaupt etwas herausgefunden wird oder werden soll oder wie auch immer. Der Staat wird's schon vernichten...äh richten. Viel wichtiger ist die Frage: Was lassen wir uns gefallen?

Heute ist es eine unter Gewalt aufgelöste Demonstration in Stuttgart, morgen eine in Hannover und übermorgen in Berlin.

Was ich damit sagen will: Das Volk muß sich endlich solidarisieren! Wir müssen begreifen, dass Probleme in Hamburg, Kaiserslautern oder eben in Stuttgart auch uns hier in Berlin und überall anderswo in Deutschland betreffen. Auch mit der Thematik sollten wir nicht so wählerisch sein. Wenn es um die Hilfe in anderen Ländern geht, funktioniert die Solidarität in finanzieller Hinsicht sehr gut. Damit wir aber

auch noch in Zukunft anderen Menschen bei ihren Problemen helfen können, sollten wir uns zwischendurch auch auf die eigenen Belange konzentrieren und uns untereinander helfen und füreinander einstehen. Sollte dies eines Tages gelingen, kommen wir dem Ziel der demokratischen Grundidee wieder ein Stückchen näher. Wenn nicht, durchlaufen wir den Kreislauf des totalitären Wahnsinns ein weiteres Mal.

Es braucht auch niemand Angst vor staatlichen Repressalien zu haben. Diese kommen früher oder später eh auf jeden von uns zu.

Besitzt man ein Auto wird man früher oder später in einen Unfall verwickelt sein, in einer Geschwindigkeitskontrolle landen oder aber in einer allgemeinen Verkehrskontrolle überprüft werden. Fehlt an dem Fahrrad eine verkehrstaugliche Beleuchtung oder fährt man auf dem Fußgängerweg oder gar in die falsche Richtung auf dem Fahrradweg gelangt man in eine Verkehrskontrolle mit rechtlichen Folgen.

Man muß nur mal auf die zwischenmenschlichen Umgangsformen, die einem von Polizei und Ordnungsamt entgegengebracht werden, achten.

Auf jeden Fall ist es schon wieder soweit, daß in diesem Land die eigene Bevölkerung, zur Durchsetzung politischer Interessen, von dem ansonsten ja ach so freundlichen Nachbarn, dem Polizisten und verlängertem Arm des Staates, zusammengeknüppelt wird. Wir brauchen gar nicht mehr lange zu warten, nur weiter stumm, dumm da sitzen und glotzen, dann haben wir wieder die gleichen politischen Umstände wie 1930. Das gute daran ist, wir brauchen diesmal nicht irgendeinen Österreicher integrieren. Unsere politische Elite bietet genug sinnfreies Potential.

Zudem bietet unsere derzeitige Bundeskanzlerin augenscheinlich beste Voraussetzungen für die Umsetzung der neuen politischen Weltordnung erforderlichen, politisch

demokratendiktatorischen, Fähigkeiten. Anders kann ich mir die derzeitige Vorgehensweise unserer Politiker nicht erklären.

Mit dem Projekt „Stuttgart 21“ ist das in sofern gelungen, dass in dem Zeitraum in dem ich gerade diesen Bericht verfasse, eine Demonstration gegen dieses Bauvorhaben, am Potsdamer Platz statt findet.

Ich persönlich hoffe, dass sollte ich einmal auf einen Staatsdiener in einer Notlage treffen, ich mein Mobiltelefon zu Hause vergessen habe oder der Akku leer ist. Andernfalls müsste ich direkt zur nächsten Polizeidienststelle gehen und mich mit gutem Gewissen, einher gehend mit einer Selbstanzeige wegen unterlassenen Hilfeleistung, stellen.